

Er scheint wöchentlich
einmal: Freitag.
Anzeigen: Die fünfgehaltene
Beilage 40 Pf.
Für die Ortsvereine 10 Pf.
Im Abonnement nach
Vereinbarung.
Schluß der Redaktion:
Dienstag Mittag.

Die Woche

Abonnement
vierteljährlich 1.-- Mark
bei jedem Postamt und in der
Expedition.
Eingetragen in der
Post-Zeitungsprezislste.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O. 55,
Greifswalderstr. 221/223.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 39

Berlin, den 26. September 1913

24. Jahrg.

Fernsprech - Amt
Königsstadt, 4720

Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an M. Schumacher, Greifswalder Straße 221/223,
Geldsendungen an W. Zieffe, Greifswalder Straße 221/223, zu adressieren.

Fernsprech - Amt
Königsstadt, 4720

Inhaltsverzeichnis. Zwei politische Tagungen. — Aus dem Genossenschaftsleben. — Kollegialität. — Rundschau: Kommunale Arbeitslosenfürsorge. Reserve hat Ruh! Durch die Zentrumsprelle. Freie Hochschule. — Feuilleton: Holz. — Patentschau. — Aus den Ortsvereinen: Berlin. Greifswald. Großenhain. — Lohnbewegung. — Verlorenes Quittungsbuch. — Versammlungen des Ortsvereins Berlin. — Anzeigen.

Zwei politische Tagungen.

I. Halle.

Am 6. u. 7. September 1913 tagte in Halle der Reichsverein liberaler Arbeiter und Angestellten. Der Delegiertentag am 6. September wurde mit geschäftlichen Dingen: Geschäfts- und Kassenbericht, und Beratung von Anträgen ausgefüllt. Eine Anzahl sozialpolitischer Anträge wurde angenommen, die sich mit unserer Stellungnahme als Gewerksvereiner vollständig decken. Wegen Raummangel müssen wir auf eine Veröffentlichung verzichten.

Gestalteten sich die Verhandlungen am 6. September schon außerordentlich interessant, so war der Eindruck am 7. September, wo die II. Reichskonferenz der liberalen Arbeiter und Angestellten tagte, noch gewaltiger. Es war nicht bloß die Persönlichkeit der Referenten, sondern auch die Art, wie sie den Stoff meisterten, wodurch jeder Zuhörer gefesselt wurde.

Der württembergische Landtagsabgeordnete Fischer-Heilbronn behandelte das Thema: „Politische und kulturelle Aufgaben des Liberalismus“.

Dem Referat lagen folgende Leitsätze zu Grunde:
1. Der Liberalismus muß Volksbewußtsein, Staatsgesinnung, soziale und nationale Verantwortlichkeit in alle Schichten des Volkes tragen. Aus Untertanen wollende und schaffensfreundliche Bürger zu machen, ist die Voraussetzung wirklichen politischen Erfolges.

2. Der Staat muß aus einer Angelegenheit der Fürsten zur Volkssache werden. Es ist liberale Aufgabe, alles zu beseitigen, was einem demokratischen Aufbau im Wege steht.

3. Innerpolitisch muß das Ziel des Liberalismus bleiben, unter Berücksichtigung des geschichtlich gegebenen, dem deutschen Volke einen maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung seiner Geschichte zu verschaffen. Steigende Leistungen wirtschaftlich und finanziell bedingen fortschreitende Selbstverwaltung und Mitregierung.

4. Außerpolitisch ist es Pflicht und Recht der deutschen Nation, den Platz und Einfluß und die wirtschaftlichen Beziehungen zu sichern und zu behaupten, die sie zu ihrer Selbstentwicklung braucht und die ihr die Möglichkeit kulturfördernder Arbeit in zurückgebliebenen Ländern verschafft. Das soll erstrebt werden in erster Linie mit Mitteln der Kultur und nicht nur mit roher Gewalt.

5. Um das zu erreichen ist notwendig:
a) vom Staat: die rückhaltlose Durchführung der im Programm der Fortschrittlichen Volkspartei formulierten Forderungen. b) von den Trägern des Liberalismus: eine planmäßige und umfassende Arbeit im Sinne und Geiste dieses Programms und unter allen Kreisen des Volkes.

6. In den Kreis dieser Arbeit gehört alles hinein, was einer Steigerung der geistigen und materiellen Kultur der breiten Volksmasse dient. Deutschlands große politische und wirtschaftliche Entwicklung steht auf tönernen Füßen, wenn sie nicht geborgen ist vom Verstand, Können, Wissen und Willen seines Millionenvolkes. Volksbildung und Wohlfahrtspflege, Berufstätigkeit und Sozialpolitik sind Voraussetzung und Konsequenz eines sieghaften Liberalismus.

Zweck all dieser Arbeit muß sein: Die Steigerung der Wohlfahrt und Befestigung des Volkes im Ganzen und jeder einzelnen Gliedes. Das ist dann auch der beste Beitrag, den Deutschland zur Menschheitskultur leisten kann und es reißt zugleich den einzelnen Volksgenossen mit seiner Arbeit und seinem Goffen ein, in die ewige Reihe menschlichen Werdens und geschichtlicher Verantwortung, gegenüber welcher jede Periode und jede Generation ihren besonderen Einschlag zu leisten hat.

Auf Antrag aus der Versammlung wurde beschlossen, von einer Diskussion Abstand zu nehmen. Dadurch wurden die außerordentlichen glänzenden Ausführungen in keiner Weise abgeschwächt.

Herr Privatdozent Dr. Franz Oppenheimer-Berlin behandelte in zweistündigem Vortrage das Thema: „Großgrundbesitz und soziale Frage“. Redner erörterte die Agrarentwicklung aus ihren Anfängen heraus bis auf den heutigen Tag. Er beschäftigte sich dann ausführlich mit der Lehre von Marx und widerlegte treffend durch statistische Zahlen die Irrtümer der sozialdemokratischen Lehre. Redner betont, daß wir augenblicklich vor einer niedergehenden Konjunktur stehen, und daß ein gewaltiges Anschwellen der industriellen Reservearmee zu erwarten ist. Diese Reservearmee drückt auf die Löhne und sie erhält ihren Zugzug hauptsächlich vom Lande. Ohne die Abwanderung der Landarbeiter gäbe es in Deutschland keine Reservearmee. Das platte Land liefert in steigendem Maße Menschen an die Städte ab. Diese Abwanderung aber sehen wir nur in den Gegenden, in denen der Großgrundbesitz herrscht. Der Großgrundbesitz ist der Sitz der landwirtschaftlichen Quelle der industriellen Reservearmee und die Ursache des Zustandes, daß auch heute noch immer zwei Arbeiter einem Unternehmer nachlaufen und sich gegenseitig unterbieten. Der Großgrundbesitz ist aber nicht nur eine wirtschaftliche Gefahr, sondern auch eine politische, er ist ein Klassenmonopol. Wenn der ländliche Besitz gleichmäßig verteilt wäre, könnten 34 Millionen Bauern darauf wohnen, heute wohnen noch nicht 17 Millionen Menschen auf dem Lande und davon sind 9 1/2 Millionen, also über die Hälfte landwirtschaftliche Arbeiter, d. h. ganz oder fast ganz landlose Proletarier. Von den übrigen 7 1/2 Millionen lebt der allergrößte Teil in Zwergbetrieben. Ein wirtschaftliches Monopol macht natürlich auch einen entsprechenden Monopolgewinn. Nicht weil zu wenig Land da ist, muß das deutsche Volk das Brot teuer bezahlen, sondern weil das Land vom Großgrundbesitz gesperrt ist. Daher fordern wir, daß in reichlichem Maße der Großgrundbesitz aufgeteilt werde. Von allen Parteien wird jetzt die Frage der inneren Kolonisation als das wichtigste Problem betrachtet. Wir haben jetzt nichts Wichtigeres zu tun, als mit allen Mitteln auf dieses Ziel hinzuwirken. Der Zukunftsstaat der Sozialdemokratie wird auch nicht die Lösung bringen, in ihm wird zwar nicht mehr der Starke den Schwachen, wohl aber der Schwache den Starken, der Faule den Fleißigen überbieten. Wir müssen den Staat errichten, in dem auch der letzte Rest des Feudalismus geschwunden ist. Das ist die erste und wichtigste Aufgabe des Augenblicks, die Liberalismus und Arbeiterchaft gemeinsam zu erfüllen haben. Redner schloß mit den Worten:

„Genährt wird einst das menschliche Geschlecht
Mit Freiheit werden und getränkt mit Recht!“

Unseren Kollegen ist Dr. Oppenheimer ein alter Bekannter, denn er hat im Jahre 1911 auf unserer Generalversammlung gesprochen, wo sein Referat auch aufmerksame Hörer fand.

Nach der eingehenden Diskussion, an welcher sich u. a. Reichstagsabgeordneter Dr. Wendorf und Rittergutsbesitzer Becker-Wartmannshagen beteiligten, und einem einstündigen Schlußwort des Referenten wurde folgender Antrag Meier-Stolp angenommen:

„Die Reichskonferenz sieht im Grundbesitz den größten Feind des sozialen Fortschritts. Gleichzeitig erachtet sie zur Verbesserung der gegenwärtigen Lage der Landarbeiter die Gewährung des Koalitionsrechts an die letzteren für unerläßlich“.

Desgleichen ein Antrag Erkelenz:

„Die Reichskonferenz der liberalen Arbeiter und Angestellten sieht in dem ungehinderten Import von ausländischen Arbeitern einen entschiedenen Widerspruch gegen das zurzeit herrschende System des hohen Schutzzolles. Die Reichskonferenz erachtet die gesetzgeberischen Körperschaften und vor allem die fortschrittlichen Vertreter, mit allen Mitteln die ausländische Arbeiterkonkurrenz einzuprären.“

II. Jena.

Der sozialdemokratische Parteitag tagte in der Zeit vom 14.—21. September 1913. Uns interessieren am meisten die beiden Punkte „Massenstreik und Arbeitslosenfrage“. Ueber den Massenstreik ist schon jahrelang diskutiert worden. Die eifrigsten Förderer dieses Gedankens sind die Syndikalisten, sie werden unterstützt von dem radikalen Flügel in der sozialdemokratischen Partei, insbesondere von Rosa Luxemburg und ihrem Anhang. Diese Dame ist Ruffin, und so sagte der Referent des Parteivorstandes mit heissem Spott, daß sie die deutschen Verhältnisse durch eine russische Brille ansähe. Das hinderte aber nicht, daß Rosa Luxemburg eine halbe Stunde lang in schulmeisterlicher Form ihre Ansicht vertrat, während auf der andern Seite die Gewerkschaftsführer mit aller Entschiedenheit den Massenstreik ablehnten. Es war ihnen offenbar unangenehm, daß diese unerquickliche Debatte im jetzigen Augenblick einsetzte, da die Gewerkschaftsbewegung selbst dadurch nicht gefördert wird. Interessant war allerdings der Ausdruck eines Vertreters des Parteivorstandes, „daß alle Instanzen darüber einig seien, daß im gegebenen Augenblick der Massenstreik kommen würde“. Dieses läßt den Schluß zu, daß auch die verantwortlichen Leiter der sozialdemokratischen Gewerkschaften mit der Partei darüber einig sind.

Das Ergebnis war, daß eine von Rosa Luxemburg eingebrachte verschärfte Resolution mit 333 Stimmen gegen 142 abgelehnt, dagegen folgende vom Parteivorstand vorgelegte Resolution gegen einige Stimmen angenommen wurde:

„Nach dem vom Mannheimer Parteitag (1906) bestätigten Beschluß des Jenaer Parteitages (1905) ist die umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung gegebenenfalls als eines der wirksamsten Mittel zu betrachten, nicht nur um Angriffe auf bestehende Volksrechte abzuwehren, sondern um Volksrechte neu zu erobern.“

Die Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimes Wahlrechts zu allen Vertretungskörpern ist eine der Vorbedingungen für den Befreiungskrieg des Proletariats. Das Dreiklassenwahlrecht entrechtet die Besitzlosen nicht nur, sondern hemmt sie in allen ihren Bestrebungen auf Verbesserung ihrer Lebenshaltung; es macht die schlimmsten Feinde gewerkschaftlicher Betätigung und sozialen Fortschritts, die Junkerklasse, zum Beherrscher der Gesetzgebung.

Darum fordert der Parteitag die entrechteten Massen auf, im Kampfe gegen das Dreiklassenrecht alle Kräfte anzuspannen in dem Bewußtsein, daß dieser Kampf ohne große Opfer nicht siegreich durchgeführt werden kann.

Indem der Parteitag den Massenstreik als unfehlbares und jederzeit anwendbares Mittel zur Beseitigung sozialer Schäden im Sinne der anarchistischen Auffassung verwirft, spricht er zugleich die Ueberzeugung aus, daß die Arbeiterchaft für die Erringung der politischen Gleichberechtigung ihre ganze Kraft einsetzen muß. Der politische Massenstreik kann nur bei vollkommener Einigkeit aller Organe der Arbeiterbewegung von Klassenbewußten für die letzten Ziele des Sozialismus begeistert und zu jedem Opfer bereiten Massen geführt werden. Der Parteitag macht es deshalb den Parteigenossen zur Pflicht, unermüdet für den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zu wirken.“

Dadurch wird die Frage des Massenstreiks natürlich nicht erledigt sein, sondern sie wird immer wieder auftauchen, denn diese Resolution verpflichtet zu nichts. Ihre Ausführung ist an so viele Vorbedingungen geknüpft, daß wir den Massenstreik auf Grund dieser Resolution nicht mehr erleben werden.

Zur Frage der Arbeitslosenversicherung wurde folgende Resolution angenommen:

„Die ständig und periodisch stärker auftretende Arbeitslosigkeit ist eine untrennbare Begleiterscheinung und Folge der kapitalistischen Produktionsweise. Sie wird erst mit der Ueberführung der kapitalistischen Produktionsweise in eine sozialistische Produktionsweise verschwinden. Durch

von mehr als 30 Vereinen in eigene Regie übernommen wurde. Auch die Errichtung eigener Kaffee- röstereien war manchen größeren Vereinen möglich; diese Einrichtungen haben einen Umfang angenommen, daß der Umsatz der Großverkaufsgesellschaft in Kaffee einen kleinen Rückgang erlitt.

Als Nebenbetriebe der Bäckerei sind die Mühlen und Mufelfabriken anzusehen. Namentlich Schrotmühlen wurden in jüngster Zeit mehrfach errichtet, vor allem wegen der weitreichenden Fällungen, die gerade in Futtermittelgeschäften an der Tagesordnung sind. In Süddeutschland kommt die Obstkellerei und Molererei in Aufnahme, auch die Sauerkrautfabrikation finden wir vor. Zwei Vereine betreiben auch Destillation.

Ein noch ziemlich unerforschtes und unsicheres Gebiet ist die Milchwirtschaft, doch finden wir auch hier Ansätze genossenschaftlichen Selbständigwerdens. Fünf Vereine haben begonnen, Milchvertrieb und Verarbeitung einzurichten, drei betreiben Käseerei, mehrere sächsische Butterformerei. Im Zusammenhange hiermit darf wohl der erste Versuch, Urproduktion zu betreiben, erwähnt werden: der im vorigen Jahre von der „Produktion“ in Hamburg übernommene landwirtschaftliche Betrieb. Daneben ist die in gleicher Richtung sich bewegende Tätigkeit des Essener Vereins zu nennen, der zur Schweinemästerei geschritten ist. Endlich betreiben noch einzelne Vereine die Fabrikation von Zigarren, Holz- Korb- und Wärsenwaren, Konfektions-, Schnitt- und Strumpfwaren und einer die Herstellung handgeschmiedeter Nägel. Eine recht vielseitige Tätigkeit, die der Erweiterung und Verbollkommnung noch in hohem Maße fähig ist.

Nicht unerwähnt darf schließlich bleiben die selbstständige Wohnungsbaulätigkeit mancher Vereine; wohnen doch heute schon weit über tausend Familien in Konsumvereinshäusern. Mit dem Grund und Boden ist die menschliche Behausung der wildesten privaten Spekulation entzogen.

Verständigt man ferner, daß ja auch noch Konsumgenossenschaften im „Allgemeinen Verband der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften“ sind, ferner in den Verbänden der elsässischen und westdeutschen Vereine usw., dann erkennt man die Fortschritte des Genossenschaftsgedankens deutlich. Man muß nur die Versuche beurteilen, diese Kräfte in parteipolitische Dienste zu stellen.

Kollegialität.

Die Kurve der wirtschaftlichen Konjunktur sinkt ständig tiefer. Tausende von Arbeitern sind schon in Mitleidenschaft gezogen, sind arbeitslos geworden in den einzelnen Orten. Was wird uns erst der Winter bringen? Das ist die bange Frage vieler Arbeiterkreise. Dazu kommt die steigende Verteuerung der Lebensmittel. So sehen wir düster der Zukunft entgegen. Wohl den Kollegen, die beizutreten gesorgt haben, sich der Organisation anzuschließen, die durch ihre Unterstützungseinrichtungen den einzelnen ein Helfer in der Not geworden. Zu spät erkennt jetzt leider mancher, wie unftinnig es von ihm war, den Mahnruf der Organisation unbeachtet zu lassen, in dem falschen Glauben, als habe er es „nicht nötig“ gehabt. Das Wort „arbeitslos“ trifft ihn hart und manche Familie muß jetzt die Folgen dieser Gleichgültigkeit zu ihrem eigenen Schaden verspüren. Die Frau, die oft den Mann abhielt von der Organisation, klagt sich nun selber an. O, wäre die Einsicht eher gekommen!

Die Zeit in der wir uns befinden mahnt eigentlich deutlicher als Worte jeden Kollegen zum Beitritt, zum Anschluß an unseren Gewerbeverein. Unsere Mitglieder haben die Pflicht, in den Werkstätten jeden Indifferenten aufzufordern, auch ein Glied unserer Organisation zu werden. Eine planmäßige Agitationsarbeit muß überall entfaltet, Hausagitationen müssen vorbereitet und durchgeführt werden. Im eigenen Interesse hat jeder dafür zu sorgen, daß die Organisation gestärkt und ausgebaut wird, schon um Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis zu verhüten, um die Voraussetzung einer Besserung zu schaffen. Wer in der Agitation etwas verjäumt, schädigt sich selbst. Darum alle heran, ihr Kollegen, zu reger, eifriger Mitarbeit. Öffnet dem unorganisierten Mitarbeiter die Augen, damit er die Nachteile seiner Gleichgültigkeit erkennt.

Wer aber Erfolge haben will, darf es besonders als organisierter Arbeiter an eins nicht fehlen lassen, nämlich an der wahren Kollegialität. Oft wird noch in dieser Hinsicht von manchen Kollegen stark gesündigt. Das Benehmen gegenüber Nebenkollegen ist oft nicht so, wie man es verlangen könnte und muß. Gerade die organisierten Arbeiter sollten sich immer bewußt sein, daß in ihrem eigenen Verhalten ein Stück Erfolg oder Mißerfolg liegt. Kollegen, die mit ihren Nebenkollegen nicht auskommen, die zanken und streiten aus Gewinn- und Selbstsucht können sich nie das Maß von Vertrauen erwerben, das besonders auf manchen unorganisierten Kollegen einwirken muß. Wer unter organisierten Kollegen in den Werkstätten agitieren will, muß selbst wahre Kollegialität üben können. Kollegen mit schlechten Eigenschaften stoßen andere ab, statt sie zu gewinnen. Dann ist es kein Wunder, wenn sie agitatorisch keinen Erfolg haben. Unorganisierte stehen um und neben ihnen und lehren nicht gewonnen. Darum muß man sich selbst besinnen, eher

man andere bessern will. In solchen Verhältnissen prüfe sich jeder selbst, ob nicht eigenes Verschulden die Ursache des agitatorischen Mißerfolges ist. Ob nicht eigenes Verhalten schuld daran ist, daß Indifferente in den Werkstätten das Vertrauen zu der Organisation noch nicht erlangt haben, weil das Vertrauen zu einem selbst nicht vorhanden. Wer ein Vertrauensmann seiner Organisation sein will, muß sich so verhalten zu seinen Nebenkollegen, daß andere ihn vertrauen können. Wer eigenes Vertrauen sich erworben hat, dem wird es leichter, auch seiner Organisation Vertrauen zu sichern.

Allerdings ist es verkehrt, wenn der ober jener seine Nichtzugehörigkeit zur Organisation damit entschuldigen will, indem er behauptet, dies oder das andere Mitglied der Organisation paßt mir nicht. Als ob der Wert und die Notwendigkeit der Organisation von solchen Einwänden abhängig wäre. Wer diese erkannt hat, wird sich nicht an A oder B stoßen, auch nicht austreten, weil A oder B aus diesem oder jenem Grunde ausschied. Nur ganz unselbständige Naturen können von solchen äußeren Einflüssen sich leiten lassen. Der verständige und einsichtige Mann wird anders urteilen und handeln. Höhere Ziele sind es, die er durch die Mitarbeit im Gewerbeverein zu erreichen trachtet. Er will sich und seine Familie vor den Notlagen des Lebens schützen, er will mitarbeiten an der Hebung und Besserung seiner Lage, um sich und seinen Angehörigen bessere Existenzbedingungen zu verschaffen, damit sie die Möglichkeit haben, teilzunehmen an den Fortschritten der Kultur, an dem Aufstieg des gesamten Volkes. Er kämpft um Menschenrechte und Menschenwerte.

Wahre Kollegialität ist hier der rechte Helfer. Auf ihr wird die echte Solidarität erwachsen, auch die Achtung vor jeder ehrlichen, persönlichen Ueberzeugung. Der Geist der Duldsamkeit kann nur gedeihen bei echter Kollegialität. Achte ein jeder darauf, daß in den Werkstätten diese unter Gefinnungsfreunden nie fehlt. Die allen, erfahrenen Kollegen mögen die jüngeren mit ihrem Rat beistehen, die jüngeren Kollegen sollen das Alter ehren, Alt und Jung in Brüderlichkeit stets zusammenwirken, besonders in einer Zeit, wo es gilt, alle Kräfte zu sammeln gegen die nachteiligen Wirkungen der Krise, zur Erhöhung der kulturellen Bedeutung der Arbeiterorganisation. Kollegen in allen Orten, in allen Werkstätten, haltet zusammen, wendet alles auf, um unsere Reihen zu stärken, übt wahre Kollegialität, streut diesen Samen des Vertrauens, damit er aufgeht und Früchte trägt zu unser aller Nutzen. Seid stets ein einzig Volk von Brüdern.

Rundschau.

Kommunale Arbeitslosenfürsorge. Eine Versammlung von Vertretern Groß-Berliner Gemeinden und der Kreise Teltow und Nieder-Barnim trat auf Einladung des Berliner Magistrats im Rathaus zu Berlin zusammen, um über die herrschende Arbeitslosigkeit und die damit zusammenhängenden Fragen zu beraten. Den Vorsitz in der Sitzung führte Oberbürgermeister Wermuth. Sämtliche eingeladene Behörden hatten Vertreter entsandt. Die Verhandlung begann mit einer allgemeinen Besprechung über die Lage des Arbeitsmarktes in Groß-Berlin. Die Berichte stimmten darin überein, daß zurzeit eine außergewöhnliche Arbeitslosigkeit besteht und daß für den kommenden Winter eine Steigerung der unglünstigen Verhältnisse zu befürchten sei. Es herrschte auch darin Uebereinstimmung, daß nicht in allen Gewerben gleiche Verhältnisse vorliegen und daß besonders schwer von der Arbeitslosigkeit das Bau- und Holzgewerbe und die damit in Zusammenhang stehenden Branchen betroffen würden. Was die Frage der Arbeitslosenfürsicherung anlangt, so wurde in der Aussprache betont, daß die Einführung einer solchen auf Grund des Gentner Systems gerade dem besonders betroffenen Baugewerbe keinerlei Hilfe bringen werde, da die in Frage kommenden Arbeiterorganisationen, von geringen Ausnahmen abgesehen, eine Arbeitslosenfürsicherung bisher nicht eingeführt haben und daher eine Zuschußleistung der Gemeinden, wie sie auf Grund des Gentner Systems geschieht, für die Bauhandwerker ausgeschlossen ist. Die Versammlung war einstimmig der Ansicht, daß es Aufgabe des Reichs sei, auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung endlich vorzugehen, und zwar zunächst für das Baugewerbe und diejenigen Branchen, welche erfahrungsgemäß von Krisen und länger dauernder Arbeitslosigkeit besonders betroffen werden. Es wurde beschlossen, eine diesbezügliche Petition an den Reichskanzler zu richten, zu deren Ausarbeitung eine fünfgliedrige Kommission eingesetzt wurde.

Im weiteren Verlauf der Besprechungen gelangte die Frage des Arbeitsnachweises zur Verhandlung. Wie man übereinstimmend der Meinung war, daß die Voraussetzung einer Arbeitslosenversicherung ein allgemeiner paritätisch geleiteter Arbeitsnachweis sei so war man auch darin gleicher Meinung, daß es erwünscht sei, die Arbeitsnachweise Groß-Berlins in nähere Beziehung zu bringen und eine „Arbeitsnachweisvereinbarung“ zu schließen. Bindende Verhältnisse konnten in der Konferenz natürlich nicht gefaßt werden. Sie gelangte aber zu dem Ergebnis, daß eine größere Kommission eingesetzt

wurde, welche Vorschläge für eine Zentralisierung der Groß-Berliner Arbeitsnachweise ausarbeiten und demnächst zur weiteren Besprechung vorlegen soll.

Reserve hat Ruh! Dies alte Lied hört man jetzt wieder vielfach. Aus den Manövern zurückgekehrt, zieht der Reservemann der Heimat zu. Und mancher denkt bei dem Anblick dieser stinkenden Schar zurück an seine eigenen Erlebnisse. Denn bald verstummt das frohe Lied, es gilt sich nach Arbeit umzusehen. Die wirtschaftliche Konjunktur wird manche Hoffnung enttäuschen, froh wird jeder sein, wenn er wieder geordnete Beschäftigung gefunden hat. Militärentlassene Mitglieder unseres Gewerbevereins sollten aber auch darauf achten, sich in der statuarischen Frist von 4 Wochen nach der Entlassung beim Kassierer eines Ortsvereins oder im Hauptbureau des Gewerbevereins zu melden, damit dieselben zu vollen Rechten und Pflichten unter Anrechnung der vor dem Eintritt beim Militär durchgemachten Wartzeit weitergeführt werden können. Jeder Mitarbeiter sollte derartige Kollegen auch darauf hinweisen.

Nicht lange mehr und der Eintritt der Rekruten beginnt. Derartige Kollegen sollen dafür Sorge tragen, daß ihre Mitgliedschaft ihnen erhalten bleibt, indem sie ihre Beiträge bis zum Tag der Einrückung entrichten und dann ihr Mitgliedsbuch dem Kassierer übergeben, damit es aufbewahrt bleibt. Jeder achte auch darauf, daß die Invalidenkarte rechtzeitig umgetauscht wird, damit die Unwertschaft erhalten bleibt und die Dienstzeit richtig bemerkt und angerechnet wird. Dann vergesse keiner von Zeit zu Zeit ein Lebenszeichen an seine alte Kollegenchaft gelangen zu lassen. Sein Schaden wird es nicht sein. Die Opfer des Dienstes nehme jeder in richtiger Pflichterfüllung auf sich, bis auch für sie die Zeit kommt, wo Reserve Ruhe hat und er dann wieder eintreten kann im Kreise alter Freunde und Kollegen.

Durch die Zentrumspreffe geht ein Angriff auf die Gewerbevereine, daß sie ihre Neutralität verlegt hätten mit dem Artikel von Dombrowski über „Die Phrase vom Gebärstreik“ in Nr. 71 des „Gewerbeverein“ vom 3. September. Schon die Ueberschrift zeigt, gegen wen der Artikel gerichtet ist. Wer den Aufsatz im ganzen liest und nicht bloß das aus dem Zusammenhang gerissene Zitat, wird erkennen, daß es dem Verfasser keineswegs an dem nötigen Maß sittlichen Ernstes gefehlt hat. Was Dombrowski gesagt hat, ist keine Schamlosigkeit, sondern nur eine Feststellung von Tatsachen. Für das Zentrum ist es allerdings peinlich, daß der Artikel im „Gewerbeverein“ auch feststellt, wie der Geburtenrückgang in erster Linie auf die Steigerung der Lebenskosten zurückzuführen ist, und für diese Verteuerung trägt das agrarische Zentrum die Hauptschuld. Die Verhandlungen auf dem christlichen Gewerkschaftskongreß zu Köln a. Rh. unmitttelbar nach Genehmigung der erhöhten Zölle auf Brot und Fleisch durch das Zentrum ließen erkennen, wie peinlich es den katholischen Arbeiterführern war, daß sie die Verteuerungspolitik des Zentrums mit verantworten mußten. Wenn also in der Frage des bedauerlichen Geburtenrückgangs etwas schamloses ist, dann ist es die zum Himmel schreiende Tatsache, daß das Zentrum mit dem von ihm mitbetriebenen Brot- und Fleischwucher die Schuld trägt an dem Unheil, das die Nation im Geburtenrückgang trifft. Die sittlich entrüstete Zentrumspreffe hat alle Ursache, sich reumütig an ihre Brust zu schlagen: mea culpa, mea maxima culpa!

Freie Hochschule Berlin. Das neue Programm ist soeben erschienen. In seinen 123 Vorlesungsreihen enthält es eine Fülle von anregenden und belehrenden Vorträgen aus allen Gebieten von Wissenschaft und Kunst. Mit welcher Teilnahme diese Kurse in allen Kreisen der Bürgerschaft Groß-Berlins aufgenommen werden, zeigt der Bericht des letzten Jahres, nach dem über 20000 Hörer die Freie Hochschule besucht haben. Die Kurse finden zumeist in den Abendstunden von 8-10 Uhr statt und sind jedermann zugänglich. — Alles Nähere ist aus dem Programm zu ersehen, das in allen Bibliotheken, Lesesälen und bei Loeser & Wolff kostenlos ausgegeben wird. — Die Vorlesungen beginnen am 3. Oktober und folgende Tage.

Patentschau.

Mitgeteilt vom Verbands-Patentbureau Johannes Koch, Berlin NO 18, Gr. Frankfurter Str. 59. — Auskünfte kostenlos.

- Erteilte Patente:
- Nr. 38a. 264819. Doppelrollenführung für Bandlägeblätter. Gubert Roid, Altdamm b. Stettin. Angem. 14. 4. 11.
- Nr. 38d. 265073. Selbsttätige Ausrückvorrichtung an Maschinen zur Herstellung von Streichholzschachteln. Aktiedolaget Gerh. Arehnas, Mekaniska Verkstad, Stockholm. Angem. 23. 2. 11.
- Nr. 68b. 264876. Vorrichtung zum Verschließen mehrerer Schubfächer von einer zentralen Stelle aus. Art Metal Construction Company, Jamestown, V. St. A. Angem. 23. 6. 12.

Gebrauchsmuster:
Nr. 341. 365330. Weislag zum Zusammenlegen von gewöhnlichen und Auszieghischen. Emil Peit, München. Angem. 16. 7. 13.

- Nr. 341 566218. In ein Stehpult verwandelbarer Tisch. Friedrich Rheingans u. Wilhelm Kunde, Wanne. Angem. 14. 7. 13.
- Nr. 341. 566419. Zerlegbarer Schrank. Fritz Feldt, Essen a. Ruhr. Angem. 5. 12. 12.
- Nr. 341 566498. An einem Bettgestell angebrachter Tisch, dessen Platte in eine Stirnwand des Bettes eingeschwenkt werden kann. Heinrich Wäfermann, Berlin. Angem. 29. 4. 13.

Aus den Ortsvereinen.

Berlin. In den Krankenkassenverhältnissen der Stadt Berlin bringt das Inkrafttreten der Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung betreffend die Krankenversicherung eine ganz gewaltige Aenderung. Es bestehen, ganz abgesehen von den Nummas- und Betriebskrankenkassen, zurzeit in Berlin 54 Ortskrankenkassen. Mit dem 1. Januar 1914 werden diese 54 Krankenkassen reduziert auf 12 Ortskrankenkassen, da 39 Kassen auf Grund der neuen gesetzlichen Bestimmungen nicht mehr zugelassen und der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin angegliedert werden. Außerdem haben 2 Kassen freiwillig die Vereinigung mit dieser großen Kasse beschlossen. Unter den nicht mehr zugelassenen Kassen befinden sich z. B. die Ortskrankenkasse der Maschinenbauer (ca. 15 000 Mitglieder), die der Galvaniker (ca. 22 000 Mitglieder), die der Schneider (ca. 50 000 Mitglieder), ferner die Ortskrankenkassen der Bierbrauer, Päder, Schuhmacher usw. Die Wahlen der Mitglieder und Ersatzmänner des Ausschusses dieser großen Allgemeinen Ortskrankenkasse finden am Sonntag, den 28. d. Wts., in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends statt. Vorgelesen sind 21 Wahllokale. Gewählt werden 60 Mitglieder des Ausschusses und 120 Ersatzmänner. Die Mitglieder der Deutschen Gewerksvereine, soweit sie als Wähler für diese Kasse in Betracht kommen, haben eine eigene Wahlvorschlagsliste aufgestellt, in der alle Berufe vertreten sind. Diese Liste hat die Nr. 2 erhalten. Für den Sieg dieser Liste Nr. 2 muß jedes Mitglied der Gewerksvereine in der nur noch knapp zur Verfügung stehenden Zeit fleißig wirken und werben. Wahlberechtigt ist jeder Versicherte ohne Unterschied des Geschlechts, der das 21. Lebensjahr vollendet hat, und Mitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse oder einer der mit dieser zur Verschmelzung gelangenden Kassen ist. Ferner wahlberechtigt sind alle diejenigen Personen, die auf Grund der neuen gesetzlichen Bestimmungen am 1. Januar 1914 versicherungspflichtig werden. Jeder Wähler hat sich durch eine Wahlkarte zu legitimieren. Die Ausstellung dieser Wahlkarte erfolgt seitens der Allgemeinen Ortskrankenkasse oder in den Geschäftslokale der Kassen, die in diese aufgehen. Die Wahlkarten werden bis zum 27. September in den Kassenlokalen ausgestellt. Wer sich eine Wahlkarte nicht bis zum Tage der Wahl besorgen kann, muß sich vom Arbeitgeber eine Bescheinigung darüber ausstellen lassen, daß er am Tage der Wahl noch in Beschäftigung steht. Der Wahlkampf in Berlin wird ein ziemlich harter werden. Vier Listen ringen um den Erfolg. Neben den Deutschen Gewerksvereinen haben die freien Gewerkschaften, der katholische Arbeiterverein und eine lokale Hausdienervereinigung Listen aufgestellt. Für unsere Kolleginnen und Kollegen erwacht nun die Pflicht, nicht nur ihre Stimme selbst für die Liste 2 abzugeben, sondern auch Unorganisierte und Freunde unserer Bewegung für diese Liste zu interessieren. Die Gewerksvereine sind die

eigentlichen Pioniere der Arbeiterversicherung. Es liegt durchaus im Interesse der Versicherten selbst, wenn der Einfluß der Deutschen Gewerksvereine auf die Gestaltung der Arbeiterversicherung erhalten bleibt und gestärkt wird. Deshalb auf zum Wahlkampf! Wer den Fortschritt in der Arbeiterversicherung will, wähle und werbe für die Liste 2, die Liste der religiös-neutralen und politisch unabhängigen Gewerksvereine.

Die Soziale Kommission.

Berlin. Jeder Kollege hat sich bei Arbeitslosigkeit sofort imparitätischen Arbeitsnachweis, Gormannstr. 13, zu melden. Ebenso hat die Meldung an demselben Tage in unserm Bureau, Greifswalder Str. 221/23, zwecks Ausstellen des Arbeitslosenattestates zu erfolgen. Das Bureau ist geöffnet von vorm. 11 1/2 bis 1 1/4 Uhr nachm. von 4 bis 7 Uhr. Die Auszahlung der Unterstützungen, auch Krankengeld, erfolgt nur Sonnabends von morgens 8 bis 1 1/2 Uhr mittags.

Greifswald. Unsere letzte Monatsversammlung am 31. August 1913 beschäftigte sich mit Mißständen in den Tischlerei-Betrieben Greifswalds. Unser Städtchen ist zwar eine Universitätsstadt, die nach außen hin einen guten Ruf genießt, aber in bezug auf die Arbeitsverhältnisse noch weit zurückgeblieben. Jetzt, da wir unsern Lohn und Arbeitszeit auf einige Jahre tariflich festgelegt haben, ist es Zeit, über die sonstigen Einrichtungen der Betriebe etwas zu sagen. Vielfach haben unsere Kollegen schon versucht, durch persönliches Vorstelligwerden den einen oder anderen Uebelstand zu beseitigen; leider mit wenig Erfolg. Tischlerei-Betriebe sind niemals staubfrei, aber viel schlimmer ist es, wo im Betriebe die Maschinen laufen und dadurch ungeheuer viel Staub aufgewirbelt wird. Das wäre noch erträglich, wenn die Arbeitsplätze entsprechend eingerichtet und für die nötige Lüftung, wie auch Staubabzug gesorgt würde. Wo dieses nicht geschieht, ist das Arbeiten in dieser Luft gesundheitschädlich, abgesehen von der Gefährlichkeit die damit verbunden ist, wenn man seinen Platz in der Buchführung und geringer Entfernung einer Dickenmaschine hat. Auch herrscht in manchen Betrieben Unordnung und sind nicht vorchriftsmäßige Schutzvorrichtungen an den Maschinen vorhanden. Schon jahrelang werden derartige Klagen in unsern Versammlungen laut und immer führten diese zu lebhafter Debatte. Hoffentlich werden alle Kollegen jetzt ihre Schuldigkeit tun, um diese Uebelstände zu beseitigen. Ferner wurde bedauert, daß es hier viele Lehrlinge gibt, die während der ersten Jahre ihrer Lehrzeit als Arbeitsburschen ausgenutzt werden. Notwendig sei, daß diesen jungen Leuten eine entsprechende Anleitung zu teil würde; vom Arbeitgeber müsse verlangt werden, daß er aus diesem jungen Mann einen tüchtigen Gesellen mache. Die Kollegen müssen sich der Lehrlinge ebenfalls annehmen, denn auch sie haben ein Interesse daran, daß nicht Stümper im Gewerbe groß gezogen werden, die dann beim Abschluß von Tarifverträgen von den Arbeitgebern als „minderleistungsfähige“ bezeichnet werden. Es wurde allen Kollegen ans Herz gelegt, ein wachsameres Auge auf diese Zustände zu werfen, da sie die einzigen sind, die hier eine entsprechende Kontrolle ausüben könnten. J. Burmeister, Schriftführer.

Großenhain. Wer die Jugend gewinnt, hat auch die Zukunft. Das sind wohl die Gedanken und Meinungen aller Vereinigungen und Körperschaften heutigen Tages, wie auch der Deutschen Gewerksvereine. Auch in Großenhain wurde dieser Wunsch von einigen Kollegen laut, und nach längeren Bemühungen ist es diesen Kollegen endlich gelungen, am 7. September d. J. eine Jugendabteilung für Großenhain ins Leben zu rufen. Schon im Früh-

jahr dieses Jahres schlossen sich eine Anzahl Kollegen der verschiedenen Berufe zusammen und bildeten einen Fußwanderklub, mit dem Zweck, durch gemeinsame Ausflüge die Freude an der Natur zu wecken und den Körper zu kräftigen. Dieser Klub wurde nun, wie schon erwähnt, umgewandelt in eine Jugendabteilung. Zur Feier selbst waren eine Anzahl junger Leute durch Handzettel eingeladen und auch 14 erschienen. Herr Pastor Kruspe aus Meissen war gewonnen worden zu einem Referat: „Wie die heutige Jugend ist, und wie sie eigentlich sein sollte.“ Lebhafter Beifall lohnte den geschätzten Redner für seinen 3/4 stündigen Vortrag. Um das Ganze zu einer würdigen Feier zu gestalten, hatte sich auch der Gesangsverein „Niederkrantz“, welcher zum Teil aus Gewerksvereinskollegen besteht, in den Dienst der Sache gestellt und einige entsprechende Lieder zum Vortrag gebracht. Auch diesen Kollegen sei an dieser Stelle nochmals gedankt. Es erfolgten nunmehr die Wahlen des Ausschusses und Abteilungsleiters. Alle Gewählten versprachen, ihre Kraft in den Dienst der Sache zu stellen. Möchte es gelingen, diesen jungen Leuten den Gewerksvereinsgedanken nach und nach beizubringen. Die Mitgliederzahl beträgt zurzeit 22 aktive und 11 passive. Nach einigen ermahnen Worten seitens des Vorsitzenden und einiger älterer Kollegen an die jungen Leute, treu zur Sache zu stehen und sich nicht von gegnerischer Seite irre machen zu lassen, schloß der Vorsitzende die Feier. Verschiedene Jugendspiele im Zimmer hielten die jungen Leute noch eine Zeitlang beisammen. Paul Pöthig.

Lohubewegung.

Zugung ist fernzuhalten nach Brandenburg (Firma Reichstein, Brennaborwerke).

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 39. Wochenbeitrag für das Jahr 1913 fällig

Verlorenes Quittungsbuch.

Nachstehendes Mitgliedsbuch ist als verloren gemeldet und wird hiermit für ungültig erklärt:

956b Hamburg.

Unterstützung darf auf dieses Buch nicht gezahlt werden. Der Hauptvorstand.

Versammlungen des Ortsv. der Holzarbeiter Berlin.

Sonnabend, den 27. September 1913: Bezirk Nord und Bautischler. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Mattausch, Brunnenstr. 143, Bezirksversamml. Modell- u. Fabrik-tischler. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Mattausch, Brunnenstr. 140, Bezirksversamml. Vortrag des Verbandssekretärs Kollegen Pothhof über „Das neue Krankenkassengesetz“.

Sonnabend, den 4. Oktober 1913: Bezirk Südost und Klavierarbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Wollschläger, Adalbertstr. 21, Bezirksversamml. Vortrag des Kollegen Schumacher über „Die letzte Bestarbeiterbewegung“. Bezirk Ost und Möbeltischler. Abds. 8 1/2 Uhr, Koppenstr. 65, Bezirksversamml. Modell- und Fabrik-tischler. Abends 8 1/2 Uhr b. Schröder, Steintiner Straße 50, Zahlabend.

Volgzähliger Besuch aller Versammlungen ist notwendig. Die Verwaltung

Dieser Nummer der „Eiche“ liegen die gelben Karten für das Kaiserliche Statistische Amt bei. Um pünktliche und vollständige Einlieferung derselben wird besonders ersucht.

Anzeigen.

Für den Inzeratenteil ist die Redaktion den Lesern gegenüber nicht verantwortlich.

Ortsverein Neuenholln.

Sonnabend, den 27. Sept. 1913
t. Abend, Sonnabend, 189.
Zahlabend.
Schätzliche Einnahmen
Der Aussch.:

P. Kowallis
Berlin S
Luckauer Strasse 6. part.
Möbel
In allen Schlägen zu billigen
Preisen bei kleiner Anzahlung
Bitte werden in den Abend
Lageplan

Im Verlage des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine, Berlin NO 55, Greifswalder Strasse 221/23, erscheint in der zweiten Hälfte des Oktober 1913 die zweite Ausgabe des

Taschenbuchs

für die Deutschen Gewerksvereine

— 1914 —

Herausgegeben unter Redaktion des Verbandsvorsitzenden K. Bölschmidt vom Verband der Deutschen Gewerksvereine

Preis 30 Pfennig

Das Taschenbuch ist ein wertvolles Handbuch elegant gebunden. Es enthält alle wichtigen Nachrichten über die Gewerksvereine und die Arbeiterbewegung in Deutschland. Es ist ein unverzichtbares Werk für alle Mitglieder der Gewerksvereine. Die Ausgabe für das Jahr 1914 ist jetzt erschienen und kann bei jeder Gewerksvereinsversammlung bestellt werden. Der Preis beträgt nur 30 Pfennig. Bestellen Sie das Taschenbuch bei Ihrer Gewerksvereinsverwaltung oder bei der Redaktion des Verbands der Deutschen Gewerksvereine, Berlin NO 55, Greifswalder Strasse 221/23.

„Die Eiche“
Organ des
Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands
Jahrgang 1912
auf feinem Schreibpapier gedruckt, sauber gebunden, ist für unsere Mitglieder, Vereinsbibliotheken und Verbandsgenossen zum Preise von Mark 3,50 einschließlich Porto zu beziehen durch die Expedition in Berlin NO, Greifswalder Straße Nr. 221-23
frühere Jahrgänge kosten nur Mark 2,50 p. Exemplar

Das Arbeitersekretariat des
Verbandes der Deutschen
Gewerksvereine in Hamburg
befindet sich Markstr. Nr. 18,
Telephon: Gruppe VI, Nr. 9715.
Arbeitersekretär Gerhard Reuthen.

Arbeitersekretariat
Münchberg und Umgegend.
Das Arbeitersekretariat der Gewerksvereine befindet sich ab 1. Juli 1913
Aufsehlplatz 12, nächst dem Hauptbahnhof. Telephon 6935. — Dortselbst für alle zureichenden Kollegen
Arbeitsnachweis.